

Antrag A 1

Leitantrag des Landesvorstands an die 2. Tagung des 3. Landesparteitages

**Ein soziales und demokratisches, ökologisches und wirtschaftlich stabiles
Brandenburg braucht eine starke LINKE**

1. {Herausforderung zum Wettstreit für Brandenburg}

Drei Jahre anstrengender Arbeit liegen hinter der Landespartei.

Die Landtagsfraktion und unsere MinisterInnen wollten und mussten gemeinsam mit der gesamten Partei in Regierungsverantwortung lernen, unsere politischen Zielstellungen im harten Ringen um politische Möglichkeiten durchzusetzen und gleichzeitig in der außerparlamentarischen Arbeit bei scharfem Gegenwind zu bestehen. Dabei ist uns nicht alles gelungen, dennoch haben wir Vieles möglich gemacht auf dem Weg zu einem sozial-ökologischen Umbau für unser Land.

Vor uns liegen zwei Jahre wichtiger Wahlkämpfe - für den Bundestag, das Europaparlament, die Kommunalvertretungen und für einen neuen Landtag.

Als LINKE sind wir mehr denn je gefordert, unter Beweis zu stellen, dass es gelingen kann, sozialpolitische und ökologische Herausforderungen zu meistern und dabei eine verlässliche - nicht pflegeleichte - Partnerin in der Koalition zu bleiben. Wir stehen im Wettstreit mit der SPD. Wir führen diesen Wettstreit fair, auf der Basis unseres Parteiprogramms, des gemeinsam Erreichten und im Sinne der Mehrheit der Menschen in diesem Land.

2. {Wir sind die Partei der sozialen Frage}

Elementare Voraussetzung für das Wohl des Gemeinwesens ist aus unserer Sicht und Erfahrung der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir stehen gegen eine verwerfliche, ausufernde soziale und ökonomische Ungleichheit. Sie macht ein Land krisenanfällig und erweist sich als Entwicklungsbremse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt. Sie bindet in wachsendem Maße öffentliche Mittel bei immer geringerem Effekt für die von Sozialtransfers abhängigen Menschen. Für uns steht fest: Soziale Spaltung kann nicht verwaltet, sie muss überwunden werden.

Im Zentrum unserer politischen Anstrengungen steht daher die soziale Frage. Wir schieben sie nicht in Fachressorts ab - sondern wir stellen sie uns bei jeder Entscheidung, die wir politisch treffen. Was bedeutet eine Initiative, ein Vorschlag, eine Vorgabe für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, für die Betroffenen, für die Schwächsten der Gesellschaft - was ist aus unserer Sicht nötig, um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken? Darum geht es.

Die soziale Frage zielt auf

- gute Arbeit,
- gute Bildung für alle,
- gute gesundheitliche Vorsorge und Versorgung
- gute Alterssicherung sowie
- gute Lebensbedingungen für Kinder.

Daran messen uns jene, die beabsichtigen uns zu wählen oder erneut zu wählen

3. *{Krisenbekämpfung: Finanzmärkte bändigen, hohe Einkommen und Vermögen fordern, in die Zukunft investieren}*

Wir bereiten den Wahlzyklus 2013/14 mitten in einer noch immer grassierenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise vor. Sie begann als eine Krise der Banken und der sogenannten Finanzindustrie. Doch die internationale Politik unterließ fast alles, was notwendig gewesen wäre, um die Banken in die Verantwortung zu nehmen und die Finanzindustrie zu bändigen. Stattdessen wurden gewaltige Summen in die Rettung von Banken und ganzen Bankensystemen investiert. Die Staatsfinanzen bluteten aus und wurden zum Spielball des geretteten Casino-Kapitalismus. Der Euro geriet in eine bedrohliche Krise.

Die deutsche Bundesregierung ist Wortführerin einer Linie, die die Krise in Europa durch drastische Reduzierungen der Staatshaushalte bekämpfen will. Sozialleistungen, Löhne und Gehälter im Öffentlichen Dienst, auch Investitionen werden gekürzt. Die Mehrzahl der abhängig Beschäftigten, die Erwerbslosen, RentnerInnen, die jungen Leute sind die Opfer. Dieser Kurs spaltet Europa - sozial und zunehmend auch national.

Dieser Kurs hat die Abhängigkeit der Staaten von den Finanzmärkten erhöht und nicht verringert. Private Banken leihen sich zu einem Zinssatz von 0,75 Prozent Geld bei der Europäischen Zentralbank (EZB), das sie an Länder wie Spanien für 7 Prozent weiter verleihen. Die Staatsverschuldung ist eine enorme Profitquelle für die Finanzwirtschaft, weil sie den Staaten die Zinshöhe diktieren kann. Diese Bereicherung auf Kosten der Öffentlichkeit kann durch eine neue Kreditpolitik der EZB zurückgedrängt und beendet werden. Dies kann durch die Auflage von Euro-Bonds geschehen, der beste Weg ist jedoch die direkte Kreditvergabe an Mitgliedstaaten der Euro-Zone, weil dadurch enorme Zinszahlungen eingespart werden könnten.

Staatsdefizite bekämpft man dennoch nicht, indem man keine Schulden mehr machen will oder darf. Verursacher und Gewinner der Krise müssen in die Verantwortung für die Krisenbewältigung genommen werden. Wir wollen, dass Privat- und Betriebsvermögen einen deutlich wachsenden Beitrag zur Ausstattung der öffentlichen Hände leisten.

Die Zukunft kann man sich nicht sparen - in die Zukunft muss man investieren. An der richtigen Stelle, mit dem nötigen Ausmaß und mit einer tragfähigen Perspektive, um soziale und ökonomische Ungleichgewichte zu verringern.

Dafür kämpfen wir.

4. *{Mehr LINKES Engagement für Europa - und mehr Integration, aber sozial und demokratisch!}*

Die Europäischen Institutionen und die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten suchen nach einem Weg, die EU zusammen zu halten. Man macht sich auf den "Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion". Der Umbau der Wirtschafts- und Währungsunion soll einhergehen mit Schritten zur politischen Union, mit der Abgabe von Souveränitätsrechten der Staaten, mit der Schaffung einer Föderation von Nationalstaaten. Das Ganze wird ökonomisch flankiert mit der Absicht, eine „dritte industrielle Revolution“ auszurufen.

Bislang ist nicht erkennbar, worin sich dieser Ansatz in der sozial-ökonomischen Substanz von der bisher verfolgten unsozialen Politik unterscheidet. Diese Politik hat in die Krise geführt, sie verschärft und ist nicht in der Lage, Europa eine tragfähige Perspektive zu geben.

Wir wollen kein Zurück in ein Europa einzelner, teils scharf untereinander verfeindeter Nationalstaaten. Wir wissen die Vorteile der EU sehr genau zu würdigen: Die Jahrzehnte des Friedens unter den Mitgliedsländern, die in diesem Rahmen erst möglich gewordene breite Aussöhnung der Deutschen mit ihren Nachbarn, die Freizügigkeit und die kulturelle Offenheit, die Leistungen der EU für den Ausgleich zwischen den Regionen, von denen gerade Ostdeutschland besonders profitiert hat. Wir wenden uns jedoch gegen die fortschreitende Militarisierung der EU und die zunehmend aggressive Außenpolitik einiger ihrer Mitgliedsstaaten.

Brandenburger Europapolitik - in Potsdam, Berlin und Brüssel bzw. Straßburg - entscheidet mit über die Möglichkeiten, die Brandenburg und wir als DIE LINKE bei der Gestaltung der Zukunft unseres Landes haben.

Für den Brandenburger Landesverband der LINKEN und seine Fraktionen auf Landes- und kommunaler Ebene sowie die Abgeordneten im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament ist die Europäische Union daher eine wichtige politische Handlungsebene, und sie muss in unserer Gesamtpolitik auch einen größeren Stellenwert erhalten.

Zugleich sehen wir: So, wie sie ist und wie sie geführt wird, kann die EU nicht bleiben.

Zu sehr haben aus Brüssel kommende Deregulierungsvorgänge, Privatisierungsforderungen und Wettbewerbsauflagen die öffentliche Daseinsvorsorge und die sozialen Standards angegriffen. Europäische Zentralbank und Europäische Kommission sind als Mitglieder der Troika maßgeblich verantwortlich für die anhaltende gigantische Umverteilungspolitik zulasten der öffentlichen Haushalte unter der Mehrheit der EuropäerInnen: Während Milliarden Euro an Hilfen mittel- und unmittelbar zur Finanzindustrie fließen, werden vor allem die südeuropäische Staaten durch von der Troika erzwungene Sparmaßnahmen in ihrer inneren sozialen und demokratischen Ordnung zerstört. Diese Politik greift nach Griechenland systematisch auf weitere EU Mitglieder über.

Deswegen darf der nächste Schritt zur europäischen Integration nicht der bisherigen Logik folgen. Wir wollen eine europäische Integration, in der die Länder wieder zusammenrücken, in der die Interessen der Mehrheit der Menschen in Europa, in der

ihre demokratische Beteiligung am Prozess und ihre sozialen Rechte gestärkt werden. Wir wollen, dass die Menschen (wieder) sagen können: Es geht um uns, denn es geht um Europa!

Diese Position wollen wir aktiv zur Geltung bringen. Dafür wollen wir viele Menschen mobilisieren.

5. *{Unser Kompass: sozialökologischer Umbau - Nachhaltigkeit in allen Dimensionen}*

Wo DIE LINKE regiert, gibt sie der gesellschaftlichen Entwicklung neue Akzente und teils auch eine neue Richtung. Wir können tatsächlich die Hauptakzente der Politik – weg vom neoliberalen Mainstream, hin zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Erneuerung des Landes – verändern.

Mit diesem Anspruch führen wir auch erneut eine Debatte über unser Leitbild für Brandenburg.

Dieser Anspruch prägt unsere praktische Politik. Wir stehen zum umfassenden Begriff von Nachhaltigkeit – in seiner sozialen, seiner ökonomischen und seiner ökologischen Dimension. Es führt zu Nachhaltigkeit, wenn für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet, wenn Ausgrenzung durch Armut überwunden wird. Das beginnt bei den Jüngsten. Wir setzen weiter auf gute Kitas. Wir setzen auf Inklusion. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode den Übergang zur Gemeinschaftsschule in Brandenburg vollziehen.

Es führt zu Nachhaltigkeit, wenn Menschen von ihrer Arbeit leben können! Mit dem Vergabegesetz, das einen Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen vorsieht, haben wir das im Land Mögliche zunächst getan. Jetzt werben wir dafür, bis zum Ende der Legislaturperiode diesen Mindestlohn auf 10 Euro pro Stunde anzuheben. Wenn wir Fördermittel im Land ausgeben, haben wir dafür ökonomische **und** soziale Kriterien, fördern wir unternehmerisches Engagement **und** gute Arbeit!

Nachhaltigkeit geht einher mit Strukturwandel. Strukturwandel wird aber nie ein eindimensionaler, widerspruchsfreier Vorgang sein. Wir erleben das derzeit im Energiesektor. Mit der Energiestrategie 2030 geht Brandenburg den Schritt vom aktiven Bekenntnis zum Vorrang für Erneuerbare Energien hin zur Gestaltung des technologischen und gesellschaftlichen Durchbruchs für Erneuerbare Energien. Mit dem Erstarren der Erneuerbaren Energien in Brandenburg rückt der Abschied von der Braunkohlen-Verstromung heran. Das ganze Land beginnt sich zu wandeln. In der Energieerzeugung weicht das Dogma der Zentralität den Chancen der Dezentralität. Neben dem Monopolisten Vattenfall trumpfen neue Unternehmen auf; die Stadtwerke kommen wieder ins Spiel. Bisherige Schwächen verwandeln sich in neue Vorteile – Flächen in dünn besiedelten Gebieten sind jetzt gesuchte Ressourcen für Wind- und Sonnenenergie oder für die Produktion von Biomasse. Bürger- und kommunale Genossenschaften bieten die Möglichkeit, die Veränderungen zum eigenen Vorteil zu nutzen und zu gestalten.

6. *{Weitere Momente des Wandels in Brandenburg}*

Auf unserem Weg zur sozial-ökologischen Erneuerung unseres Landes treffen wir auf weitere Herausforderungen.

Der gesellschaftliche Wandel vollzieht sich heute maßgeblich geprägt von der "digitalen Revolution", von der Digitalisierung und Vernetzung fast aller Lebens- und Arbeitsbereiche. Momente der sozialen Interaktion, des Austauschs, des vernetzen Wissens- und Handelns erlangen zunehmende Bedeutung. Neben Markt und Staat hat die digitale Welt weitere institutionelle Formen hervor gebracht, um Produktion und soziale Koordination in großem Umfang zu organisieren: Die Gemeingüter ("Commons").

Digitalisierung und Vernetzung sind aber auch die technische Basis von Dezentralisierung - von der Energieproduktion über moderne Unternehmensstrukturen und ökonomische Netzwerke über moderne bürgernahe Verwaltungen und die Gestaltung neuer sozialer Beziehungen der Menschen untereinander. Die Gewährleistung des technischen Zugangs zur digitalen Welt für alle und die Beherrschung der damit verbundenen Kulturtechniken gehören deshalb zu den zentralen Zielen LINKER Gesellschaftspolitik - ebenso wie die Wahrung der (Entwicklungs-)Offenheit des Netzes.

Kommunikationsstrukturen der Verwaltung - intern wie mit den Bürgerinnen und Bürgern - müssen und können zu mehr Qualität und Effizienz führen. DIE LINKE sieht darin eine große Chance - gerade in den Zeiten demografischen Wandels, von Abwanderung und Metropolenbildung.

Brandenburgs Zukunft ist weiblich. Unser Land hat in dieser Hinsicht immer noch viel aufzuholen. In enger Abstimmung mit dem Frauenpolitischen Rat haben wir mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2011-2014 der rot-roten Landesregierung wichtige Schritte eingeleitet, um die Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranzubringen und strukturelle geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen. Wir wissen, dass auch in Brandenburg die Löhne und Gehälter von Frauen unter den vergleichbaren Bezügen von Männern liegen, obwohl unter den AbiturientInnen und AbsolventInnen junge Frauen überdurchschnittlich vertreten sind. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit aber ist mehr als ein elementares Gebot der Gerechtigkeit, eine gute Kinderbetreuungs- und Bildungsinfrastruktur im ganzen Land eine Selbstverständlichkeit für DIE LINKE - und nicht ein besonderes Geschenk an Frauen.

So bleibt die Aufgabe, ein sozio-kulturelles Umfeld zu schaffen, das Frauen nicht nur eine berufliche und familiäre Perspektive eröffnet, sondern ein attraktives, freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

Der Zeitraum, der vor uns liegt, bringt einen wichtigen Generationswechsel: Jene Jahrgänge, die jetzt in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft noch dominant sind und ihre Ausbildungs- und Startphase noch in der DDR und der alten Bundesrepublik hatten, gehen in den Ruhestand. Jüngere, die bereits im vereinten Deutschland aufgewachsen sind, übernehmen die Verantwortung. Wir wollen diesen Prozess verantwortungsbewusst gestalten. Deshalb kämpfen wir für eine hohe Wahlbeteiligung bei den ErstwählerInnen ab 16!

Seit Amtsantritt von Rot-Rot werden in Brandenburg die (partei-)politischen Gegensätze deutlich härter als in früheren Zeiten ausgefochten. Aber auch in der Gesellschaft insgesamt nehmen Konflikte zu und werden schärfer ausgetragen. Infrastrukturprojekte und neue technologische Entwicklungen greifen in die Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen von Menschen ein. Politische Weichenstellungen/Korrekturen der Landespolitik etwa beim Primat für öffentliche Schulen oder der Orientierung auf inklusive Bildung nehmen Menschen vermeintliche Sicherheiten, zielen aber auf mehr Gerechtigkeit und mehr Chancen für alle. Die Stärkung der Kommunalwirtschaft beunruhigt private Unternehmen, die Regelungen zur Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung drohen Kommunen, Haushalten und Unternehmen finanziell erheblich zu belasten.

Rot-Rot hat angesichts dessen begonnen, demokratische Mitentscheidungen und Mitwirken für die Bürgerinnen und Bürger besser zu gestalten. Direkte Demokratie und Dialog vor politischen Entscheidungen werden wir weiter ausbauen und strukturell verankern. Die damit verbundenen Probleme und Herausforderungen werden wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern meistern.

7. {Aus brandenburgischer Erfahrung: Für einen Politikwechsel im Bund!}

Bei allem geht es um klare und zukunftsorientierte Politik in und aus einem ostdeutschen Bundesland. In unserem Bemühen als Regierungspartei bekommen wir dabei deutlich zu spüren, dass es dafür bundespolitische Grenzen gibt. Es ist unser starkes Interesse, solche Grenzen zu überwinden und an ihre Stelle bundespolitische Voraussetzungen für eine umfassende soziale, ökologische, ökonomische und demokratische Modernisierung unseres Landes zu setzen.

Wir gehen mit einer klaren, aus der Erfahrung der Politik wie des Alltagslebens der Bürgerinnen und Bürger gespeisten Botschaft in die Bundestagswahlen 2013: Brandenburg ist auf einem guten Weg – doch diesen Weg hat der Bund an wichtigen Stellen mit Blockaden und Hindernissen versperrt. Weg damit!

Endlich den Weg frei für

- einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 € / Stunde,
- eine Arbeitsmarktförderung, die nach Tarifmaßstäben bezahlte, SV-pflichtige und überjährige öffentlich geförderte Beschäftigung erlaubt,
- die unverzügliche Angleichung der Ostrenten an das Westniveau,
- die Einführung einer armutsfesten Mindestrente,
- die Wiederherstellung der alten Rentenformel und die Rücknahme der Beschlüsse zur Rente erst ab 67
- eine Wachstumsinitiative zur Gewinnung Erneuerbarer Energien und für die Bereitstellung der dafür notwendigen Technik (incl. Netzausbau und Speichertechnologien), die zugleich soziale Strompreise ermöglicht,
- eine vernünftige Finanzausstattung von Ländern und Kommunen.

Dreh- und Angelpunkt dabei ist die bisherige Steuersenkungspolitik der vergangenen Bundesregierungen. Zudem hat man sich mit der Föderalismusreform I und II mehr und mehr vom Solidargedanken der Länder untereinander verabschiedet. Notwendig aber ist die Stärkung – und nicht der Wegfall – des Länderfinanzausgleiches. Gerade angesichts der Schuldenbremse werden finanzschwache Länder auf die Hilfe der starken angewiesen sein.

Aus unserer Erfahrung braucht es daher einen bundespolitischen Kurswechsel, der zumindest folgendes beinhalten muss:

Ø die Verbesserung der Einnahmehasis der öffentlichen Hand,

Ø die Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung, z.B. durch eine Entschuldungsinitiative,

Ø die Neuverteilung der Sozialausgaben zwischen Bund und Kommunen,

Ø die Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer, die Einführung einer Vermögenssteuer und einer Finanztransaktionssteuer sowie die Reform der Erbschaftssteuer.

8. *{Wahlziel der LINKEN und Aufstellung zur Wahl}*

Wir stehen in den kommenden zwei Jahren vor einem anstrengenden Wahlmarathon. Schon am 13. Januar 2013 wollen wir mit unserem Kandidaten Ronny Kretschmer engagiert um das Neuruppiner Rathaus kämpfen.

Die Landtagswahl am 20. Januar 2013 in Niedersachsen werden wir aktiv unterstützen, da wir den klaren Anspruch einer bundesweit agierenden LINKEN verfolgen und auch weiterhin so wahrgenommen werden wollen.

DIE LINKE ist in der öffentlichen Wahrnehmung und nach eigenem Selbstverständnis die Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens. So wird sie auch in die Wahlkämpfe 2013/2014 gehen. Wir streiten nicht um Konstellationen, sondern für unsere eigenen Positionen. Wir sind uns bewusst, dass wir als LINKE in Brandenburg in den bevorstehenden Bundes- und Europawahlkämpfen eine besondere Verantwortung für die Gesamtpartei tragen. Haben wir doch als einziger regierungsbeteiligter Landesverband unter Beweis zu stellen, dass sozialer Zusammenhalt, wirtschaftliche Leistungskraft und Zukunftsfähigkeit aller Regionen eines Landes gewährleistet werden können. Das sind wichtige Voraussetzungen, um als Landesverband mit einem Stimmenanteil von 25%+X beim bevorstehenden Bundestagswahlkampf eine stabile Säule der Bundespartei zu bleiben. Deshalb führen wir einen entschlossenen Zweitstimmenwahlkampf. Die Verteidigung der 2009 gewonnenen Direktmandate ist diesem Ziel untergeordnet.

Eine Ausnahme bildet aus jetziger Sicht der Bundestagswahlkreis 59 (MOL-BAR II). Dagmar Enkelmann erzielte in ihrem Wahlkreis das landesweit beste Erststimmenergebnis für DIE LINKE und erkämpfte sich einen Vorsprung von 22.660 Wählerstimmen. Vor diesem Hintergrund werden wir um die Verteidigung dieses Wahlkreises kämpfen.

Der Landesverband wird für die bevorstehenden Wahlen KandidatInnen nominieren, die sowohl für die Politik der LINKEN in der Öffentlichkeit einstehen, als auch in der

Partei durch ihre politische Arbeit und ihr Wirken verwurzelt sind. Bei der Aufstellung unserer Landesliste für den Bundestag am 02. März 2013 orientieren wir darauf, vorrangig jene Kandidatinnen und Kandidaten zu nominieren, die zuvor das Vertrauen der Partei in den Wahlkreisen erhalten haben. Landesvorstand und Landesausschuss werden gebeten, der VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste aus den Wahlkreisvorschlägen heraus einen Vorschlag zu unterbreiten, mit welchen Kandidatinnen und Kandidaten die ersten Listenplätze besetzt werden sollen.

Im Landkreis Märkisch-Oderland und voraussichtlich im Landkreis Teltow-Fläming finden jeweils Direktwahlen des Landrates statt. Wir stehen vor der Herausforderung, diese Wahlkämpfe gemeinsam zu bestreiten.

Erreichen wir zu den Bundestagswahlen 2013 ein Ergebnis von über 25 %, ist dies eine gute Grundlage, um bei der Landtagswahl an die Wahlerfolge des Jahres 2009 anzuknüpfen. Das wäre nach dann fünf Jahren Regierungstätigkeit ein ehrgeiziges und mit noch viel Arbeit verbundenes, aber angesichts der bisherigen Bilanz im Land und der begonnenen Stabilisierung der LINKEN insgesamt realistisches Ziel.

Seit dem Göttinger Bundesparteitag sind die Chancen gewachsen, dass unsere Partei in Bund und Land den Herausforderungen gewachsen sein wird. DIE LINKE ist eine plurale demokratische Partei. Dies bedeutet für uns, einen sachlichen Meinungsstreit mit- und nicht übereinander zu führen. Der neue Stil des Zuhörens und das abgestimmte Agieren der neuen Parteiführung findet im Landesverband breite Zustimmung. DIE LINKE. Brandenburg wird sich auch künftig nicht an polarisierenden Auseinandersetzungen beteiligen, sondern den eingeschlagenen Weg der neuen Parteiführung unterstützen.

DIE LINKE wirkt in Opposition und in Regierung! Von der Kommune bis zum Europäischen Parlament streitet DIE LINKE für Frieden und soziale Gerechtigkeit und ist auch in der Lage ihre eigenen Forderungen umzusetzen.